

Mit religiösem Sonntagsblatt

37. Jahrgang

Berlin, 9. April. Der Lebensmittelhandel und das Nahrungsmittelgewerbe rüsten sich zum energischen Widerstande. Um allen die freie Nahrungsmittelwirtschaft bedrohenden Maßnahmen, wie sie von der Regierung und den Städten aus-
geht, und geplant werden, energischen Widerstand entgegenzusetzen zu können, bildete sich der „Aus-
tausch für freie Nahrungsmittelwirtschaft“, dem sich bereits nahezu alle archen-
ausstehenden Verbände der Nahrungsmittel-
branche angeschlossen. Mit der Rettung der Gewerks-
 wurde Generalsekretär Karl Müller, Berlin
N. 2, 7. Dorotheenhöhe 16, betraut. Alle Ver-
trauen ganz besonders alle Mittelsmann über-
drehende Kommunalisierungsschritten des priva-
ten Nahrungsmittelwirtsch sind an diese Stelle
zu richten. Die erste Tagung des Hauptauschus-
ses findet bereits am der nächsten Freitag in
hies. Große Kundgebungen sind geplant.

Berlin 10. April. Als Vertreter des Chefs der Admiralität wurde Kommodore Deinrich zu der deutschen Friedensordnung kommandirt. Deinrich, der bereits in früheren Jahren sowohl im Reichsmarineamt wie im Admiralsstab tätig war, war zuletzt im Kriege Führer der Torpedoboote. Dem Leiter der Marinevertretung sind zur Bearbeitung besonderer Gebiete unterstellt: Freigattenschapläin Freiherr v. Gagen, Korvettenkapitän Wegmann von der bisherigen Seefriedsleitung, Korvettenkapitän Humann, zuletzt erster Offizier des Panzerkreuzers „Rolf“, Reichsmallot Dr. Schurer, Bremen, bisher Degernert für Völkerrecht und Seefriedsrecht im Admiralsstab, Kapitänleutnant Kiep, zuerst noch bei der Kaiserlich-Handelskommission in Spa, übernimmt die Geschäfte eines Adjutanten. Der in Reichsmarineamt verbleibenden Zentrale für Friedensangelegenheiten gehören an: als Verbindungs-offiziere zur Seefriedsstelle für Friedensangelegenheiten des Auswärtigen Amtes Korvettenkapitän Freiherr v. Weisfäcker, Kapitänleutnant Meier, ferner zur Bearbeitung aller Angelegenheiten, die das Rautschau-Gebiet betreffen, der bekannte Sachverständige für ökonomische Fragen, Geh. Admiralsstabsrat Dr. Schramm; für alle Entschädigungs- und Pensionsangelegenheiten der Marine-Intendanturrat Schaller; für alle Renten-, Telegraphen-, Kabel- und Verkehrsfragen Kapitänleutnant Eise. Für alle besonders die Marine berührenden Fragen des Völkerrechts und des Seerechts wurden ferner Prof. Dr. Tzipel-Berlin und Prof. Dr. Böhl in den Kreis der Sachverständigen aufgenommen, die in Berlin bei der Friedenssekrethatsstelle verbleiben.

Berlin, 4. April. Die Sozialistierungskommission legte in einem Innern Schreiben an den Reichswirtschaftsminister Willen, unterzeichnet von ihren Vorsitzenden Kautsky und Brande, ihr Amt nieder, da sie aus verschiedenen Vorurteilen der letzten Wochen die Ueberzeugung geschöpft habe, daß ein Zusammenarbeiten mit dem Reichswirtschaftsministerium und der Regierung unter dem gegenwärtigen System nicht möglich sei. Die Meinungsverschiedenheiten bezogen sich nach dem Schreiben auf die Frage, ob und wie die Kommission in den behördlichen Apparat eingegliedert werden sollte, was sie selber ablehnte, während die Regierung ihr in wichtigen Fragen, namentlich bezüglich des Publikationsrechts, die geforderte Bewegungsfreiheit nicht bewilligen zu können glaubte. Dies trat unter anderem bei der Behandlung des Kommissionsberichts über die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft auf, worin die Regierung der Nationalversammlung und der Öffentlichkeit solange vorenthalten hat, bis ihr eigene, der Kommission entgegen allen Anträgen niemals vorgelegten Geheimschriften in Weimar durchgereicht worden. —

Berlin, 10. April. Reichsminister Kossle erklärt einem Mitarbeiter des „V. T.“: Man rechne mit der Möglichkeit von Unruhen und Unruhen, aber die militärische Leistung sei auf alle Eventualitäten vorbereitet und werde mit Rückschluslosigkeit eingreifen, wenn es nötig wird. In Radeburg verlasse alles planmäßig. Die Stadt sei in der Hand der Begleitungstruppen. Ueber Bamern meinte Kossle: Wenn Hoffmann sich noch kurze Zeit hält, wird sich die Lage ausgleichen der verfassungsmäßigen Regierung befriedigen. Wenn es nicht anders geht, muß München mit Waffengewalt genommen werden, wie Bremen, Düsseldorf usw. Im Ruhrgebiet liege die Sache ähnlicher als die Evolutionsfrage in Linde. Der Reichskongress der Räte habe nur Wünsche zu äußern, die der Nationalversammlung übermitteln werden.

Berlin, 2. April. Die sozialistische Preussische Tagespost bringt heute Enthüllungen über den an der Spitze des Winterklausums der Arbeiterbewegung in Bayern als Volksbeauftragten für auswärtige Angelegenheiten beauftragten bisher in Bayern unbekanntem Dr. Lipp, einen Mann von etwa 60 Jahren. Danach war er bereits zweimal wegen Wuthenwahn in den Irrenhause untergebracht. Lipp sei in den achtziger Jahren Redakteur des Stuttgarter Beobachters gewesen. Als er in eine Majestätsbeleidigung verwickelt worden war, manövrirte er aus, wurde zunächst Korrespondent des Corriere della Sera und dann der kaiserlich-deutschen Regierung, der er wertvolle Dienste geleistet haben will. Während des Krieges sei Dr. Lipp im Auftrage der politischen Abteilung des deutschen Generalstabs in Rummerwälder Vereinigungen eingetreten und habe als ihr Mitglied die revolutionäre Bewegung in Italien organisiert. Das Blatt führt dann fort: „Lipp verhandelte auch mit verschiedenen revolutionären Geheimbünden, und er leistete der deutschen Gesellschaft wunden Gold aus Wexien. Im Frühjahr 1917 erkrankte Dr. Lipp, indem er es in Stuttgart wissen wollte, daß wir den Krieg verlieren würden. Stieh er auf Ansehl, so stellte er sich als Mitglied des Großen Generalstabs vor. Deshalb wurde Lipp in Stuttgart genommen. Jeder Funktion gewandten, stellte er nach seiner Entlassung den Wärter vor. Während derselben er nach kurz vor Ausbruch der Revolution an die politische Organisation des Großen Generalstabs, in München waren revolutionäre Erhebungen“ — „ich Kurt G.

ner, in Stuttgart unter Führung Crispens, geplant. Seit der Revolution war Dr. Lipp in der Vertretung verschunden, aus der er nun tragend auftaucht in der Eigenschaft eines Außenministers. So steht der Mann von innen und außen aus, den die Kaiserrepublik Bayern an die Spitze gestellt hat: ein politischer Freiberger und Abenteuerler, ein geborener Feind der politischen Abenteurer des deutschen Generalstabes.

In „Schuhstall“ genommen

Kugzburg, 9. April. Neben einer Reihe angeführter Bürger und Offiziere ist auch der Regierungspräsident in Schuhstall genommen worden.

Die Volksabstimmung in Schleswig

Kopenhagen, 9. April. Laut Bericht des Pariser Korrespondenten der „Berlingske Tidende“ ist nunmehr die Grenzlinie, hinter welcher die deutsche Besatzungstruppe während der schleswigschen Abstimmung zurückgezogen werde, festgelegt worden. Sie wird sich von Kappeln bis Tönning erstrecken. Sie verläuft also südlicher als die früher genannte von Kappeln bis Jönsum. Auch die Stadt Schleswig soll von hiesigen preussischen Beamten geräumt werden. Als Sitz der internationalen Kommission sei Flensburg bestimmt. Die Volksabstimmung soll in Nord-Schleswig ein bloc und in Mittelschleswig distriktweise stattfinden.

Die deutsch-holländische Grenze

London, 9. April. Daily Mail erfährt, daß die Kommission für die Festlegung der Grenzen der Mittelmeereinschließung das in der Artikel, die sie für die Einsetzung in den Friedensvertrag vorläufig aufnimmt: Die assoziierten Regierungen werden, wenn Holland darum ersucht innerhalb eines Jahres nach Unterzeichnung des Friedens den Völkerbund auffordern, eine Kommission für die Verbesserung der holländisch-deutschen Grenze an der Emsmündung zu ernennen. Deutschland muß dann auf alle Rechte über Cleve, Mörs, Geldern, Kempen, Rees und Forsten verzichten. Die assoziierten Mächte werden Holland so viel Geld zusprechen, wie Holland annimmt und der Völkerbund genehmigt.

Aus dem Reichshaushaltsplan für 1919

Der Reichshaushaltsplan wird in Einnahmen und Ausgaben auf 13,86 Milliarden Mark, und zwar im ordentlichen Haushalt auf 13,04 Milliarden Mark in Einnahmen, auf 11,26 Milliarden Mark in fortwährenden und auf 1,79 Milliarden Mark in einmaligen Ausgaben, im außerordentlichen Haushalt auf 816,3 Millionen Mark in Einnahmen und Ausgaben festgelegt. Der Reichsfinanzminister wird ermächtigt, zur Bekämpfung einmaliger außerordentlicher Ausgaben die Summe von 673,6 Millionen Mark im Wege der Anleihe flüssig zu machen, zur vorübergehenden Erhaltung der ordentlichen Betriebsmittel der Reichshaushaltskasse nach Bedarf, jedoch nicht über den Betrag von 6 Milliarden Mark hinaus, Schatzanweisungen auszugeben, zur Verdrängung unabweisbarer, durch die Nachwirkung des Krieges hervorgerufener Bedürfnisse nötigenfalls Garantie zu übernehmen und bei Zahlungen für das Reich, die vor der gesetzlichen oder vertraglichen Fälligkeit erfolgen, einen angemessenen Abzug zu gewähren. Die Einnahmen im ordentlichen Haushalt weisen eine Steigerung um 5.709.452.604 Mark auf, von denen der größte Teil auf die allgemeine Finanzverwaltung entfällt, wo aus neuen Steuern 7 Milliarden Mark aufgebracht werden sollen, d. h. 4 1/2 Milliarden Mark mehr als im Vorjahr. Die fortwährenden Ausgaben weisen gegen das Vorjahr eine Steigerung um über 4 Milliarden Mark auf, von denen die Reichsfinanzverwaltung und der allgemeine Pensionsfonds die Hauptträger sind. Die einmaligen Ausgaben sind mit 1,6 Milliarden Mark höher als im Vorjahr, und die Einnahmen und Ausgaben des außerordentlichen Haushalts sind um annähernd 40 Millionen Mark niedriger, da die aus Anlaß des Krieges und der Demobilisierung bewilligten Ausgaben in der gleichen Höhe in Fortfall kommen.

Für den Reichspräsidenten werden neben einem Gehalt von 100.000 Mark für andere persönliche übliche Ausgaben 500.000 Mark angesetzt. Aus der letztgenannten Summe wird der gesamte dienstliche Aufwand des Reichspräsidenten einschließlich der Besoldungen der Angestellten, der Reise- und Umzugsgebühren, der Unterhalt der Dienstgebäude usw. bestritten werden. Der Präsident des Reichsministeriums erhält die Besoldung des bisherigen Reichskanzlers, nämlich 36.000 Mark Gehalt und 64.000 Mark Aufwandsgehalt. Die Stelle des Stellvertreters des Reichskanzlers fällt weg. Der Reichsminister des Auswärtigen erhält 36.000 Mark Gehalt und 14.000 Mark Aufwandsgehalt, die übrigen Reichsminister, auch diejenigen, die nicht zugleich Chef einer oberen Reichsbehörde sind, 30.000 Mark Gehalt und 14.000 Mark Aufwandsgehalt. Für das Auswärtige Amt wird weiter ein Unterstaatssekretär angefordert.

Die politischen Verhältnisse gegenüber Rußland und Rumänien sowie die Anerkennung Jugoslawiens, Serbiens und der Ukraine als selbständige Staaten machen die Errichtung einer diplomatischen Vertretung in diesen Staaten erforderlich. Es sind für Budapest und Belgrad Konsulate, für Sofia, Moskau und Tiflis diplomatische Vertretungen vorzulegen. Die bisherigen Generalkonsulate in Moskau und St. Petersburg werden wieder eingerichtet. Auch für Odessa ist ein Generalkonsulat vorgesehen, und für Charkow ein Konsulat. In Butare, Salsch und Jassy werden die ehemaligen Bezirkskonsulate wieder eingesetzt. Das Konsulat in Erzerum wird nach Sinas verlegt.

Für die Unterstützung hilfsbedürftiger Reichsangehöriger im Ausland und für die Heimkehrung hilfsbedürftiger Soldaten werden 100.000 M. ausgesetzt und zur Förderung des deutschen Nachkriegswesens im Ausland 3.000.000 M. Zur Unterhaltung des Reichsfluggewerks sind 200.000 M. ausgesetzt, und als Beitrag für ein Institut für Metallforschung 25.000 M. Diese Unterstützung soll längstens zehn Jahre hindurch gewährt werden. Die Anregung zur Errichtung eines Instituts ist von der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Berlin ausgegangen. Die Baukosten einschließlich der Kosten der inneren Einrichtung und Ausstattung sind auf vier bis fünf Millionen veranschlagt, wovon ein namhafter Betrag bereits von der Industrie gesammelt worden ist. Als erste Rate zum Erwerb eines Grundstücks für die Gebäudestätte in Stockholm sind 700.000 M. ausgesetzt.

Die Verpflegung der Reichswehr erfordert 78.736.491 M., die allgemeine Tilgung macht 29.275.713 M.

An die Gegner des Ausschusses für eine Volksabstimmung zur Errichtung der Westdeutschen Republik

Nachdem das „Wiesbadener Tagblatt“ in Nr. 153 vom 6. April 1919 erklärt hat, daß der „Ausschuß zur Errichtung der Westdeutschen Republik“ durch die Unterzeichnung der ersten Erklärung in Nr. 128 des „Wiesbadener Tagblatt“ vom 21. März 1919 dargestellt werde, beantworten wir im folgenden die uns gestellten sieben Fragen. Wir betonen dabei, daß wir hiermit ein Recht der Fragesteller, von uns die Verantwortung zu „verlangen“, und außerdem zu beanspruchen, daß wir uns „recht fertigen“ sollen, durchaus nicht anerkennen. Die Fragesteller bilden kein Forum. Entscheidend ist das Mandat des Volkes! Daß wir ein solches Mandat beanspruchen dürfen, dafür bezeugen wir die nötigen Unterlagen!

Erste Frage:

„Wie soll der geplante Westdeutsche Freistaat, wenn er ein Glied des Deutschen Reiches bleiben soll, die ihm zugeordnete Aufgabe erfüllen, eine Friedensbrücke zwischen West und Ost zu bilden, während doch ungewiss ist, ob dem Reich und nicht den einzelnen Gliedstaaten die außenpolitische Vertretung zusteht?“

Antwort:

Die Frage bezieht sich auf Punkt 4 unserer Erklärung vom 10. März 1919. In der Fragestellung werden aus dem Zusammenhang gerissene Ausdrücke miteinander verknüpft. Es ist deshalb erforderlich, den genauen Wortlaut unserer Punkte 4 wiederzugeben. Er lautet:

„Wir sind fest davon überzeugt, daß wir mit unserem Verlangen dem Völkerfrieden eine Brücke bauen.“

Mit diesem Satz stehen im engsten Zusammenhang die Punkte 1-3 unserer Erklärung:

1. Wir verlangen, daß unter Verzicht lediglich durch unsere Selbstbestimmung entschieden wird.

2. Wir sind Deutsche, deshalb wollen wir unter allen Umständen untrennbar im Verbands des Deutschen Reiches verbleiben.

3. Wir wehren uns für alle Zeit gegen jede Abtrennung deutschen Gebietes im Westen und gegen jede unangenehme Staatsform.

Daraus ergibt sich, daß wir nur dann einen dauerhaften Völkerfrieden für möglich halten, wenn weder unsere Trennung aus dem Verbands des Deutschen Reiches erfolgt, noch irgendwelche Gebietsabtretungen stattfinden, noch eine besondere Staatsform a. B. ein sogenannter „Freistaat“ aufgegeben wird, sondern die Selbstbestimmung des Volkes am Rhein über sein Geschick allein maßgebend sein wird.

Da die Selbstbestimmung des Volkes eine der grundlegenden, von allen Völkern anerkannten Maximen des Völkerrechts bedeutet, so bildet ihre Anwendung eine Brücke zum Völkerfrieden. Daraus zielt unser Verlangen. Das Volk am Rhein will endlich den Frieden. Aus diesem Grunde sagt es sich los von den beiden Verurteilungen so vieler Kriege, dem entarteten Feudalismus und Militarismus. Beide waren von jeher seiner Natur zueinander. Nicht daher das Volk am Rhein von dem Rechte der Selbstbestimmung Gebrauch, indem es in einem eigenen deutschen Staatsgebilde die eigenen Stämme vereint, die nach Volkstum und Kultur zusammengehören — und diese Stämme haben in der Geschichte stets eine friedliche Rolle gespielt — so bietet diese Tatsache allein schon hinreichende Gewähr dafür, daß es zu neuen kriegerischen Verwicklungen zwischen West und Ost nicht kommen kann.

Das haben wir in dem zweiten und dritten Absatz des Punktes 4 mit folgenden Worten ausgedrückt:

„Die aus freier Selbstbestimmung erfolgte Vereinigung der Länder am Rhein zu einem Westdeutschen Freistaat wird eine Friedensbrücke sein. Sie bietet die nötige Gewähr für den Frieden Europas, bildet einen Raum gegen böswillige Ueberfaltungen und sichert die friedlichen Beziehungen zwischen West und Ost.“

Es ist unverständlich, wie aus diesem Wortlaut gefolgert werden kann, daß dem Reiche nicht die außenpolitische Vertretung zusteht. Es könnte höchstens der Schluß herausgefragt werden, daß ein Bündnis des Deutschen Reiches mit einem holländisch-deutschen Staatenbund nicht unsere Zustimmung haben würde. Aber die der Fragesteller selbst doch wohl auch nicht!

Wir stellen fest, daß die Errichtung der Westdeutschen Republik auf Grund einer Volksabstimmung erfolgen soll, deren Anordnung wir von der Reichsregierung und Deutschen Nationalversammlung erbeten haben. Daraus ergibt sich der Schluß, daß die Westdeutsche Republik von Reich wegen auf dem Boden der Reichsverfassung errichtet werden soll. Sie nimmt also ohne weiteres als Teilstaat des Reiches an allen Einrichtungen des Reiches teil.

Zweite Frage:

„Wie kann der Ausschuss bedenken, er befinde sich in Uebereinstimmung mit der Reichsregierung, die doch ausdrücklich das Vorhaben gerade dieses Ausschusses als „eigenständige Vertretungen einzelner Personen“ charakterisiert hat?“

Antwort:

Woher wissen die Fragesteller, daß die Reichsregierung das Vorhaben gerade unseres Ausschusses als „eigenständige Vertretungen einzelner Personen“ charakterisiert hat? Den Beweis für diese Behauptung werden sie an anderer Stelle erbringen müssen! Wir begreifen es als verwerfliche Beleidigung, wenn und eigenmächtig Behauptungen in politischen Angelegenheiten angedichtet werden. Die Reichsregierung hat mit ihrem Vorwurf etwaige Verstoßgeheimnisse vom Reiche treffen wollen. Uns gegenüber hat sie wiederholt, zuletzt noch gelegentlich der Beratungen des Verfassungsausschusses, erklärt, daß sie die Uneigennützigkeit und Vaterlandsliebe der Veranlasser der Kundgebung vom 10. März 1919 — und zu diesen zu gehören rechnet sich der unterzeichnete Ausschuss — zu besonderer Ehre an — in keiner Weise bezweifeln mochte.

Wir halten nochmals ausdrücklich fest, daß wir genau daselbe wie die Reichsregierung wollen, denn wir wollen unter allen Umständen untrennbar im Verbands des Deutschen Reiches verbleiben! Gerade deshalb haben wir die Volksabstimmung gefordert! Der Verzicht des Verfassungsausschusses vom 20. März, der die Volksabstimmung als Grundlage für die Bildung neuer deutscher Teilstaaten zuläßt, beweist, daß unser Standpunkt von Reich wegen gebilligt wird.

Dritte Frage:

Warum hat der Ausschuss es nicht bei dem Beschluß des Kölner Komitees (Vorläufer: Oberbürgermeister Adenauer) vom 1. Februar 1919 belassen, der sich für eine ordnungsmäßige Erledigung der Angelegenheit durch die vom gesamten deutschen Volke gewählten Vertreter in der National- und Landesversammlung ausgesprochen hatte? Deshalb und mit welchem Recht hat er dieses Kölner Komitee „wegen Unfähigkeit für erledigt erklärt“ und eine sofortige, vor Friedensschluß vorzunehmende Volksabstimmung gefordert?

Antwort:

Dem Kölner Komitee vom 1. Februar 1919 wird ein Verzicht zugesprochen, den dieses gar nicht gefaßt hat. Der Beschluß der Kölner Versammlung vom 1. Februar 1919 lautet vielmehr: „Da die Teilung Preußens ernstlich erwogen wird, übertragen wir dem von uns gewählten Ausschuss die weitere Bearbeitung der Pläne auf Errichtung einer Westdeutschen Republik im Verbands des Deutschen Reiches und auf dem Boden der von der deutschen Nationalversammlung zu schaffenden Reichsverfassung.“

Die „weitere Bearbeitung der Pläne auf Errichtung einer Westdeutschen Republik im Verbands des Deutschen Reiches“ war die Aufgabe des am 1. Februar 1919 in Köln gebildeten Ausschusses! Wenn wir behaupten, daß der Ausschuss in diesem Sinne nicht tätig gewesen ist, so hat er allein das Recht, uns wegen dieser Erklärung zur Rede zu stellen.

Was meinen die Fragesteller überhaupt mit dem Worte „Landesversammlung“? Da sie von National- und Landesversammlung sprechen, so können sie nur die Preussische Landesversammlung meinen. Wir stellen ausdrücklich fest, daß von der Preussischen Landesversammlung und der preussischen Regierung in dem Kölner Beschluß vom 1. Februar überhaupt nicht die Rede ist! Man sieht aber, wie weiterläufig unsere Gegner in der Auslegung von Begriffen sind, wenn es sich darum handelt, immer wieder den Unterschied zwischen Volksabstimmung und Reichs- und Volksabstimmung von Preußen zu verwischen.

Wir wollen heute noch genau daselbe, wie es der Beschluß vom 1. Februar ausspricht: „Die weitere Bearbeitung der Pläne auf Errichtung der Westdeutschen Republik im Verbands des Deutschen Reiches und auf dem Boden der von der deutschen Nationalversammlung zu schaffenden Reichsverfassung.“ Wenn wir in diesem Sinne die Zulassung der Volksabstimmung gefordert haben, so bedeutet das nur die konsequente Anwendung unseres fundamentalen Grundgedankes: Der Wille des Volkes soll entscheiden! Wir haben die sofortige Zulassung der Volksabstimmung von Reich wegen gefordert. Daß diese Volksabstimmung unbedingt noch vor Friedensschluß stattfinden müsse, haben wir nie behauptet, sondern nur betont, daß die sofortige Errichtung dieser Angelegenheit deshalb unbedingt notwendig ist, weil man über das Schicksal von Gebieten, die im Friedensvertrag eine Rolle spielen, nicht erst nach Friedensschluß beraten kann.

Vierte Frage:

„Ist festgehalten, ob diejenigen, die sich ursprünglich jenem Kölner Komitee (Adenauer) gegenüber bereit erklärt haben, im Falle einer Aufstellung Preußens für den Ausbruch Kessels auf einen Westdeutschen Freistaat einzutreten, nunmehr auch mit dem Vorhaben und den Erklärungen des neuen Ausschusses (Dortens), die sich durchaus nicht mit denen des ursprünglichen Kölner Komitees (Adenauer) decken, einverstanden sind?“

Antwort:

Darüber, ob sich die Erklärungen decken oder nicht, ist zu Frage 3 schon das Richtige gesagt. Wer mit unseren Erklärungen nicht einverstanden ist, wird sich schon selbst an und wenden müssen. Die Fragesteller handeln als Geschäftsführer ohne Auftrag. Wir vertreten niemanden, aber dessen Einverständnis wir nicht unterlagen besitzen.

Fünfte Frage:

„Warum rechtfertigt der Ausschuss sein Vorhaben nicht vor der Öffentlichkeit mit klaren Tatsachen und stichhaltigen nachprüfbaren Gründen, anstatt die Bevölkerung lediglich mit dunklen Andeutungen zu beunruhigen?“

Antwort:

Wir haben wiederholt das Erlaubnis zur Veranlassung von öffentlichen Versammlungen erbeten. Da und diese Erlaubnis nicht erteilt worden ist, so mußten wir uns mit Erklärungen in den Zeitungen begnügen, die uns zur Verfügung standen. Wir haben trotz der entgegenstehenden Bedenken der Fragesteller weder etwas zu verheimlichen, noch beunruhigen wie die Bevölkerung. Wir erlauben uns vielmehr darauf hinzuweisen, daß die Verdunkelung unseres klaren Standpunktes und die Verunsicherung der Bevölkerung seitens der Fragesteller erfolgt. Wir nennen es a. B. eine Verdunkelung, wenn und eigenmächtige Behauptungen zum Vorwurf gemacht werden, daß wir nennen es eine Verunsicherung der Bevölkerung, wenn einer der ehrenwürdigen unserer Gegner bei der Sammlung von Zustimmungserklärungen erklärt: „Er wisse genau, daß in Wiesbaden 2000 Sozialisten seien, die bei Errichtung der Westdeutschen Republik losbrechen würden.“

Sechste Frage:

„Wenn es sich wirklich nur darum handeln soll, zu entscheiden, ob Kessels auf dem Rhein oder zu dessen Achse — doch fraglos eine rein innerdeutsche Angelegenheit — warum ist da der Ausschuss der Ansicht, daß die Errichtung dieser Frage noch vor Friedensschluß und mit solcher Eile betrieben werden müsse?“

Antwort:

Wir haben schon hervorgehoben, daß man über das Schicksal von Gebieten, die im Friedensvertrag eine Rolle spielen, nicht erst nach Friedensschluß beraten kann.

Siebente Frage:

„Wie findet sich der Ausschuss mit der Tatsache ab, daß nur einige wenige Zentrumsblätter für ihn, alle anderen führenden Zeitungen aber, sowie alle öffentlichen, verantwortlichen Behörden und Körperschaften, die sich mit der Frage beschäftigen haben, gegen ihn Stellung nehmen?“

Antwort:

Daß die Organe der Deutschen Nationalen und der Deutschen Volkspartei gegen uns Stellung nehmen, halten wir für sehr bedauerlich, wenn auch für erklärlich. Wir müssen uns eben wohl oder übel damit abfinden. Von führenden demokratischen Zeitungen, die für unsere Behauptungen sind, benennen wir den Fragesteller das „Kölner Tagblatt“. Darum das „Wiesbadener Tagblatt“, das doch stets objektiv sein will, entscheidet gegen uns Stellung nimmt, ist und etwas befremdlich. Aber auch damit müssen wir uns abfinden.

Für die Mitteilung, daß alle öffentlichen, verantwortlichen Behörden gegen uns sind, müssen wir den Fragesteller unseren Dank aussprechen. Es wird uns sehr munda. Kurzzeit des alten Regime durften sich Behörden mit politischen Fragen nicht befassen. Das scheint also jetzt anders geworden zu sein. Vielleicht teilen die Fragesteller einmal öffentlich mit, welche Behörden gegen uns Stellung nehmen? Die Reichsregierung wird sich sicherlich für diese Feststellung der Fragesteller sehr interessieren!

Der Verfassungsausschuß der Deutschen Nationalversammlung, der für

unser Behauptungen Stellung genommen hat, scheint für die Fragesteller nicht zu existieren.

Im übrigen wollen wir den Fragestellern aber verraten, warum so viele Zeitungen gegen uns Stellung nehmen: Weil sie natürlich in der Defensive sind, und in gemeingefährlicher Weise im Vordergrund, über unsere Behauptungen falsche und irreführende Angaben gemacht werden.

Trotzdem wir nichts anderes wollen, als die vom Verfassungsausschuß bereits grundlegend ausgeübte Zulassung der Volksabstimmung zwecks Bildung eines neuen Freistaates im Verbands des Deutschen Reiches wird und immer noch: „Lösung vom Reich!“ — „Kaiserlicher Reich!“ — „Freistaat!“ — und ähnliches in die Schuhe geschoben! Wir werden „Sonderbündler“ und „Eigenbröckler“ genannt, die „im Reichstakt“ und „in der Judengasse“ ihr dunkles Spiel treiben! Ein erbärmliches Schauspiel!

Alles das kann und nicht abhalten, auch fernhin aus Liebe zum deutschen Vaterlande unsere Pflicht zu tun!

Wir haben die Fragen beantwortet, trotzdem sie noch Form und Inhalt offensichtlich polemischen Zwecken dienen.

Von einer weiteren Auseinandersetzung mit den Fragestellern werden wir schon wegen der in Frage 2 ausgesprochenen Meinung Abstand nehmen. Dagegen sind wir sehr gern bereit, in sämtlichen Wiesbadener Zeitungen über unsere Zwecke und Ziele Aufklärungskampfe zu veröffentlichen, falls diese Zeitungen sich dazu entschließen können, uns ihren redaktionellen Teil hierfür „objektiv“ zur Verfügung zu stellen!

Der Ausschuss für eine Volksabstimmung zur Errichtung der Westdeutschen Republik.

Im Auftrag:

Der Vorstand.

v. Marcks, Gernmann, Kraemer.

Der Rätekongreß

Berlin, 9. April. Nach der mitgeteilten Rede Leinerts erregt Richard Müller (Unabg.) das Wort. Er wendet sich gegen den Zentralrat, dem er die schwebende Form der Kongresse macht. Leinert habe die Unabhängigkeit angegriffen. Das tue man immer, um die eigene Schwäche zu verbergen. Der Zentralrat war verständig, die Erregungsfähigkeit der Revolution zu verstehen und auszunutzen. Wir müssen ihm das schärfste Vertrauen aussprechen: Er hat der Regierung bei der Unterzeichnung der A- und S-Karte ausgetreten, Hilfe geleistet. Der Zentralrat hatte die Durchführung der Reichsliste des Reichsministeres in erzwungen. Heute noch wird Monarchia als zur Durchführung der Sozialisierung so gut wie nichts geblieben. (Sehr wahr!) Und die vier Hamburger Punkte glaubt man unter den Tisch haken lassen zu können. Er trägt die Verantwortung für die schwebende Form, die das für unser Wirtschaftswesen gehabt hat. Warum haben wir in Deutschland die politische und die wirtschaftliche Anarchie? Das ist nicht die Schuld von Sozialisten, sondern weil das Volk sieht, daß es in neue Ketten gefesselt wird. (Stürmischer Beifall links.) Unter den Reichsministeren sitzen viele Kasse. Heute stehen sie aber den Ereignissen rational gegenüber. Um ihr Mandat nicht zu verlieren, wenden sie heute Mittel an, wie früher die reaktionären Elemente, die sie selbst auf das schärfste bekämpft haben. (Lebhafter Beifall.) Bei allen Generalstreiks steht an erster Stelle der Kampf nach Sozialisierung. Dieser Kampf wird so lange erschallen, bis er erfolglos durchgeführt ist. Das bedarf keiner parteilichen Rede. Weil der Zentralrat nichts getan und die Nationalversammlung verabschiedet hat, ist die große Empörung entstanden, die nicht mit Kanonen und Resolutionen unterdrückt werden kann. Wer glaubt, die Forderungen der Masse in einem Meer von Blut erlösen zu können, führt das deutsche Volk dem Untergang entgegen. (Sehr wahr!) Die Männer, die sozialistische Kongresse gerichtet haben, haben, als es galt, zu versagen, billos da. Der Beschluß über die Kommunisten wurde nicht durchgeführt, weil die Oberste Dienstleistung ihn nicht anerkannte. (Sehr wahr!) Die Regierung hat sich dem Willen der Hindenburg und Brücker gefügt. Der Zentralrat hätte die Pflicht gehabt, die Regierung, die auf weitere, abzusehen, aber nicht diejenigen, die auf Durchführung drängen, imstande zu setzen. Leinert hat erregt: „Ihr habt ja nicht mitgearbeitet!“ Beifall. Wir wollen, daß unsere Gewissen mitteilig werden, wenn sie noch weiter mitgegangen wären. (Stürmischer Beifall links.) Wir haben es abgelehnt, mit diesem reaktionären Zentralrat zusammenzugehen. (Rufen und Unruhe.) Der Leinert hat sich ja heute vor roten General bekannt, da kann man von uns nicht verlangen, mit diesen Leuten zusammenzugehen. Die Sozialisten, die noch aus dem ersten Kongreß ihren Gehalt erhalten haben, haben aus ihrem Reichstagsamt ein vernünftiges Amt gemacht. Der Zentralrat hat nichts zum Schutze der Sozialisten getan. Der neue stehende Militarismus macht und die gesamte Arbeiter Welt zum Feinde, er legt uns der vollen Verachtung der anderen Völker aus. (Beifall und Gelächter.) Auch im Innern treibt der Militarismus ein verhängnisvolles Spiel. Er führt eine Schreckensherrschaft mit Strömen von Blut. Verhängung ganzer Städte und Kantons. (Rufen: Gerechtigkeit!) Statt Verhängung hat der Rätekongreß Gewalt. (Beifall.) Wollen Sie das verantworten, ich kann es nicht! (Sie beantworten überhaupt nichts!) Man bereitet ja alles zur nächsten Schatz vor. Sie war ja für heute geplant. (Durch Gähnen?) Wir wollen nicht vom dem Generalstreik, von dem Leinert heute sprach. Das geht von Leuten aus, die ganz recht stehen. Die Januarrevolte hat niemand schärfer verurteilt als wir. (Oh! und Widerspruch.) Ich halte sie für ein Verbrechen an der Revolution! („Verurteilt!“ Beifall.) Damals sollte die Arbeiterbewegung nicht werden und heute wird der Belagerungsstand verhängt. (Stürmischer Beifall: Rufen!) Wir Gewaltmitteln kann eine tiefergehende Volksbewegung nicht unterdrückt werden. Die Gewaltpolitik wird eines Tages zusammenbrechen wie die alte, wenn Sie den Weg nicht zu einer neuen Politik finden! (Stürmischer Beifall links. Pöndelstößen auf den Tribünen.)

Kultusminister Bönisch gibt namens des preussischen Kultusministers die Erklärung ab, daß er heute mittig den Beschluß des Kongresses auf Sanktionierung des Verbores dem Kultusminister mitgeteilt habe. Dieser lasse das Wort bitten, ihm den Wortlaut des Beschlusses mitzuteilen. Er wird dann mit größter Befriedigung seine Antwort auf diesen Beschluß mitteilen. (Großer Lärm. Der Kongreß: Der Kongreß muß dem Kultusminister klar machen, daß die Zeiten für ein langsames Verhandeln zu Ende sind. Der Kongreß darf sich nicht verblöden lassen und muß den Kultusminister mitteilen, daß er die sofortige Durchführung des Beschlusses verlangt.) Minister Bönisch weist den Wortlaut einer Vernehmung des Kongresses zurück, ebenso den Vorwurf, daß die Angelegenheit verschleppt werden sollte. Als letzter Redner der heutigen Sitzung sprach Bönisch (Bos.). Er machte in längerer Rede beiden sozialistischen Parteien den Vorwurf, daß sie aus gegenseitiger Rivalität und Angst voreinander sich in der praktischen Arbeit behindern hätten. In der inneren und äußeren Politik haben beide Parteien versagt. Man habe nicht den Mut gefunden, ein Volkstheater zu schaffen, habe die Soldaten bekommen und verblöden lassen, die Provinz Polen preisgegeben, was ein Schimpf sei. Der Sozialismus verlange ein Volkstheater und allgemeine Dienstpflicht. Den Unabhängigen sagte der Redner, daß sie im Fortschritt groß, im Verantwortlichkeitsgefühl klein seien.

Aus Wiesbaden

Ausstellung der (neuen) roten Pässe

Am Freitag, 11. April, wird mit der Ausstellung der roten Pässe für alle Einwohner über 12 Jahre begonnen. Die Ausstellung dieser Pässe erfolgt genau so wie die der weißen im Januar dieses Jahres. Es ist persönliches Erscheinen des Antragstellers erforderlich, unter Vorlage des vorläufig noch gültigen weißen Passes, der polizeilichen Anmeldung beim Jugendamt Wiesbaden und einer unausgefüllten Photographie (ohne Kopfbedeckung) in der Größe von 424 Centimeter, fertig geschnitten. Im Gegenstand zum vorigen Male können Anträge ohne Vorlage des Bildes nicht gestellt werden.

Fleischverteilung

Am Samstag dieser Woche werden 150 Gramm Fleisch und Wurst verteilt. Wegen des durch die ungünstigen Transportverhältnisse hervorgerufenen unzureichenden Vieheinbringens war es dem Magistrat nicht möglich, eine größere Portion an frischem Fleisch zur Verteilung zu bringen. Die auf den Bezugsstellen angegebenen Mengen, die nach einer Probenziehung von 200 Gramm berechnet wurden, sind dementsprechend um 1/4 zu kürzen. Sämtliche Fleischbezugsstellen und Fleischsorten der Woche sind, auch soweit sie nicht belieft werden, ungenügend. Der Magistrat wagt ganz besonders darauf hin, daß die Bürger nur für wirklich an ihre Kunden abgegebene Ware Marken von den Fleischsorten abzurufen dürfen, und daß es den Kunden vollständig überlassen bleibt, ob sie die Verteilungswaren beziehen oder ganz oder teilweise darauf verzichten wollen. Auch der Speck wird auf Marke 1 der neuen (blauen) Fleischkarte ausbezogen.

Käseverteilung

Am Freitag und Samstag dieser Woche gelangen in sämtlichen Buttergeschäften 100 Gramm Eidamer Streichkäse zum Preise von 60 Pfg. je 100 Gramm zur Verteilung.

Neue Wohnverhältnisse für die häßlichen Arbeiter

Den häßlichen Arbeitern steht eine weitere Wohnveränderung bevor; diese wird die Stadt mit rund 4 Millionen Mark beladen. Die Stadt hat in sozialer Hinsicht ihren Arbeitern einen großen Vorzug zu tun, indem sie ihnen einen Platz in der Stadt zuweisen konnte, die sonst in Frage gekommen wäre.

Wie gewonnen, so zerronnen!

Unter vorhergehender Spitzmarke schreiben die „Arb. N. Nachr.“: Die Firma Louis Busch (in Mainz), die während des Krieges Millionen über Millionen verdient hat, wie sie, laut „Volksstimme“, in einem Rundschreiben mitteilt, infolge der ungünstigen Gestaltung der Verhältnisse ihre Zahlungen eingestellt. Dem Risiko steht eine Forderung von 2 1/2 Millionen Mark Kriegsschulden für das Rechnungsjahr 1918 zu. Der Risiko hat sich aber, wie es in dem Schreiben heißt, mit der Eintragung einer Nachschußnote auf den Privatgrundbesitz auf dem Hühnerberg begnügt und gibt das übrige Vermögen für die Gläubiger frei. Und die Rundschreiben, deren Erwerb eine zweifelhafte Millionengabe beanspruchte?

Kaufmännischer Verein und häßl. Arbeitsamt

Der „Kaufmännische Verein“ schreibt uns: Die auf Veranlassung des Arbeiters- und Soldatenrates Mitte November eingeleitete gemeinnützige Stellenvermittlung des Kaufmännischen Vereins im Handelskommerzialbezirk Wiesbaden ist durch Verfügung der Regierung wieder als unzulässig erklärt worden. Die Regierung hat entschieden, daß das damalige Verbot ohne gesetzliche Unterlegen erfolgt ist. Mit Rücksicht darauf, daß der Kaufmännische Verein die Stellenvermittlung unter Aufwendung großer Kosten in gemeinnütziger Weise zum Nutzen der Angehörigen und Privatsäfte seit über 25 Jahren betrieben hat, ist es bedauerlich, daß eine solche gemeinnützige Arbeit auf dem Verordnungswege seinerzeit unterbunden wurde. Nach bedauerlicher ist es aber, daß das häßliche Arbeitsamt nicht nur allein nichts tat, um die Verletzungen des Kaufmännischen Vereins zu unterbinden, wie es doch zweifellos für eine häßliche Behörde gewesen wäre, so unterließ es auch das häßliche Arbeitsamt die auf diesem Gebiet direkt schädlichen Zentralisierungs-Verordnungen, die nur darauf hinauslaufen, die gemeinnützigen Stellenvermittlungen aufzuheben, um der häßl. Arbeitsvermittlungshilfe auch noch als Monopol die kaufmännische Stellenvermittlung einzusetzen. Das erste Verbot des Arbeiters- und Soldatenrates bezog sich lediglich auf die gewerkschaftlichen Stellenvermittlungen und besagte ausdrücklich, daß die gemeinnützigen Stellenvermittlungen unanfechtbar seien. Auf irrenden Einwänden hin wurde indessen dieses Verbot später auch auf die gemeinnützigen Stellenvermittlungen ausgedehnt. Es wird durchaus nicht bestritten, daß die Zentralisierung der ganzen Stellenvermittlung in gewisser Hinsicht Vorteile bringt. Es wird aber niemals soweit kommen, daß Firmen, wie auch die Anstalten auf den Weg des Interesses verdrängt werden und, so wenig man diesen Interessen unterbinden kann, so wenig kann man es doch einem Verein verbieten, für seine Vertriebsstellen tätig zu sein. Gerade die Verbindung, die Privatsäfte und Angehörige im Kaufmännischen Verein finden, ermöglicht es dem Verein, in bester Weise für die Unterbindung der Angehörigen zu sorgen. Die Erfolge der Stellenvermittlung in den letzten Jahren waren daher außerordentlich groß. Die Kaufmannschaft wird es sicherlich bedauern, daß nunmehr in der Zeit tiefsten wirtschaftlichen Niederganges die alle Stellenvermittlung des Kaufmännischen Vereins wieder in Tätigkeit tritt, um dann beizutreten, die geradezu katastrophale Stellenlosigkeit der kaufmännischen Angehörigen zu mildern. Die Stellenvermittlung beschränkt sich nicht auf Wiesbaden, sondern ist für den ganzen Handelskommerzialbezirk Wiesbaden und darüber hinaus im Kaufmännischen Verein aufgenommen. Die Vermittlung selbst ist vollständig gebührenfrei. Hand in Hand mit der Stellenvermittlung steht auch die Stellenlosenunterstützung, welche unter großen finanziellen Opfern seitens der selbständigen Kaufmannschaft gegründet wurde. Je mehr Hände sich rühren, um in sozialer Betätigung der Arbeitsnot zu steuern, desto eher wird es uns gelingen, über den wirtschaftlichen Tiefpunkt hinweg zu kommen. In diesem Sinne verdient auch die Stellenvermittlung des Kaufmännischen Vereins allgemeine Förderung.

Ausstellung über Entlassungsangelegenheiten

Das Kriegsministerium gibt bekannt: Die Generalkommandos werden gebeten, durch Bekanntgabe in den Provinzialblättern darauf hinzuwirken, daß Anträge über Entlassungsangelegenheiten oder Klagen über unvollständige Abrechnung mit Entlassungs-

anträgen an das zuständige Bezirkskommando zu richten sind, das für Prüfung, unmittelbare Entscheidung oder Beantwortung zu sorgen hat. Von jeder Dienststelle, an die sich die Bezirkskommandos zur Klärung wenden, muß erwartet werden, daß sie die Anträge unverzüglich erledigt. Beschwerden über die Beantwortung der Gesuche durch das Bezirkskommando sind nicht an das Kriegsministerium, sondern an die dem Bezirkskommando unmittelbar vorgelegte Dienststelle, die in den Bekanntmachungen angegeben ist, zu richten. Alle für die Folge von Entlassungen an das Kriegsministerium unmittelbar gerichteten Anträgen, Gesuche und Klagen solcher Art bleiben unbeantwortet.

Eine Erinnerung an die Handstrafen

Gegen das Verbot, Betten nach der Straßenseite aus den Fenstern zu hängen und Staubfächer auszufächeln, wird immer wieder viel gekündigt. Die Hausbesitzer werden ersucht, auf die Einhaltung der bestehenden Vorschriften zu achten.

Geistliches Nachbarn

Am 8. April ist ein auf der Taunusstraße ohne Aufsicht stehendes Fahrrad gestohlen worden. Das Fahrrad, Marke Wanderer, hat hochgebogene Lenkstange, Freilauf, Hinterrad rot, Vorderrad weißer Mantel. Des Diebstahls verdächtig ist ein großer Mann, der sehr grobe, unansehnliche und gut irge. Sachdienliche Angaben nimmt die Kriminalpolizei, Zimmer 3, entgegen.

Stadtschuldenbuch

Gekörten. Am 6. April: Kind Elisabeth Gohl, 10 Tage. — Am 6. April: Ehefrau Auguste Grahner, geb. Reiter, 33 J.; Invalide Wilhelm Lohd, 72 J.; Dienstmagd Karoline Schwarz, 55 J. — Am 7. April: Räderin Elisabeth Mohr, 16 J.; Waimärerin Johanna Reiter, 20 J.; Witwe Maria Mohr, 16 J. — Am 8. April: Christine Rees, 7 J.; Frau Luise Wido, geb. Böhmer, 75 J.

Anruf!

Ein bekannter Wiesbadener Wohltäter, der vor und während der Kriegszeit für wissenschaftliche Forschungen und gemeinnützige Zwecke große Leistungen gemacht und besonders den Not der Kriegszeit zur Linderung der Kriegsnot dauernd in großzügigster Weise reiche Mittel zur Verfügung gestellt hat, hat neuerdings den zuständigen Stellen 50 000 M. überwiesen. Diese 50 000 M. sollen an die Bedürftigen unserer Einwohner verteilt werden und sie in die Lage versetzen, die von den Franzosen zur Verfügung gehalten und jetzt zur Verteilung gelangenden Lebensmittel zu erwerben. Es wird ein Betrag von 50 000 M. pro Kopf gewährt. Alle diejenigen, die sich in einer tatsächlichen Notlage befinden, werden ersucht, sich Freitag, den 11. d. M., und Samstag, den 12. d. M., vormittags zwischen 9-1 Uhr unter Vorlage des Haushaltsbuches im Kriegswohlfahrtsamt, Rheinstraße 28, Zimmer Nr. 6, zu melden.

Theater, Kunst, Wissenschaft

Nationaltheater

Auf Alphonse Daudets ein wenig sentimentales und darum mehr als die vorausgegangenen französischen Stücke auch den geistvollsten deutschen Zuschauer anziehendes Schauspiel „L'Arlesienne“, das durch die Mitglieder der Komédie française in geschmackvoller Abwägung zur Aufführung gebracht wurde, folgte als letzte „Reinheit“ des Festivals „Amalia Galotti“. So alt dieses bürgerliche Drama ist, so ist es aber immer noch seine Kraft aus. Wenn auf den ersten Blick das Volkstheater gewinnend und billige Unterhaltung nicht ohne Einfluß ist, so reicht doch dieser Grund nicht aus, die Tatsache eines bis auf den letzten Platz gefüllten Hauses zu erklären. Besonders die zahlreichen Gäste, denen man es anmerkt, daß sie die Aufführung nicht wegen, sondern trotz ihres Unwohlseins als „Volkstheater“ besuchen, beweisen, welche Anziehungskraft der alte Klassiker auch heute noch auf Leute von literarischer Bildung und gutem Geschmack ausübt. Parallel wird dieses Publikum nur bestrahlt, wenn die künstlerische Höhe der Darstellung der Bedeutung des Autors das Gleichgewicht hält. Für den Volksabend im Nationaltheater trat das in erster Linie in Frage. Besonders Anerkennung verdienen die Herren Ehren (Marinelli) und Jollin (Dorodo Galotti), sowie die Damen v. Dahlen (Emilia) und Hummel (Orsola). Gegenüber dem Einbruch der beiden letzteren konnte sich allerdings die Galottierin (auf Engagement?) B. Brecht als Claudia Galotti nur schwer behaupten. Es bleibt dieser Darstellung vor allem die für den ausführenden Raum nötige Klangfülle des Organs. Im ganzen geht die Vorstellung zu einer Leistung aus einem Stück. Man begreift an einem solchen Abend, warum die Zeit die Klassiker liebt.

Religions-Theater

Das letzte Vierteljahrhundert Reichen des Religions-Theaters enthält: 1. „Vermögens-Räuber“, Schwan in drei Akten von Hans Staudt, 2. „Die Vagabunden“, Schwan in drei Akten von Carl Zuck und Kurt Kraus (neu inszeniert), 3. „Der Weg zur Hölle“, Schwan in drei Akten von Gustav Kadelburg (neu inszeniert). — Man sieht: nur die Titel und die Begriffe wechseln, die Ware bleibt dieselbe. Immer das alte Gerede, nur jeden Samstag ein anderer Inhalt. Wenn nicht bald etwas wird, schlagen wir die Direktion vor, den Namen des Theaters offiziell in Unter-Titel „Wiesbadener Schwanbühne“ hinzuzufügen und über den Vorfall in goldenen Lettern die Drohe von Unterberg-Bonolamp, „Szen. er. dem“ anzubringen. Und wundern wir, daß die Schwanbühne, wenigstens soweit sie künstlerisch ernstliche Ziele sind, bei diesem monotonen Rhythmus nicht einmal Generalstreik machen. Wir leben ja ohnehin jetzt in der Zeit der Streiks. — Wie für unsere Verhältnisse ist es, wenn jedesmal ein Vierteljahrhundert voll ist. Wir registrieren die Stücke, aber wir lernen es ab, in Reiz und Kritik näher auf sie einzugehen, weil uns dazu ohnehin die Zeit nie die Zeit fehlt. Die Leitung des Religions-Theaters sollte einmal ernstlich darüber nachdenken, was ihre Bühne gewesen ist, was sie jetzt noch sein sollte und sollte und — was sie geworden ist! — Das Volk kommt nicht gerade in der Zeit der Zeit nach Kunst und erhält — Seine (sagt Wort). Jede Woche ein neuer „Schwan in drei Akten“! — M. Kr.

Nat. Landestheater

Mit Rücksicht auf die Vorbereitungen zur Parteilich-Aufführung am Sonntag, den 13., muß die Abendvorstellung „Reben“ am Freitag, den 11., ausfallen. Die nächste Aufführung im Programm A findet daher am Montag, den 14., statt. Zur Aufführung gelangt: „Die Geismüter“ und „Dänkel und Grelt“.

Letzte Nachrichten

Streik

Bei Opel in Rüsselsheim befinden sich 2000 Arbeiter im Ausstand.

Der Streik bei den Angestellten der Firma Chemischen Fabrik Griesheim-Elektron nimmt an Umfang zu. Dem Streikbüro beim Verband Deutscher Handlungsgehilfen ist von den Angestellten und Verwaltern der Chemischen Fabrik Griesheim-Elektron Werk Bremen telegraphisch die Mitteilung zugegangen, daß sie sich solidarisch erklären, passive Resistenz auszuüben und die gleichen Forderungen erheben.

Essen, 11. April. Auf sämtlichen Bahnen mit Ausnahme von vier Schachtanlagen wird gestreikt. Es sind 410 000 Mann ausständig. Der Reichsarbeitsminister Bauer ist in Essen eingetroffen, um mit den zuständigen Stellen in Verhandlungen über den Generalstreik einzutreten.

Essen, 11. April. Eine Konferenz von Vertretern der Bergarbeiterverbände und von Vertretern des Reichsarbeitsministers Bauer und unter Teilnahme des Reichskommissars Senering, sowie von Vertretern des preussischen Handelsministeriums im Rathaus zu Essen, um zu der durch den Generalstreik im Ruhrrevier geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. Die Konferenz kam nach eingehender Prüfung zu dem Ergebnis, daß eine Verlängerung der Arbeitszeit für die unter Tage arbeitenden Grubenarbeiter auf sechs Stunden im Interesse unserer Volkswirtschaft zurzeit unmöglich ist. Auf dringende Vorstellungen der Vertreter der Bergarbeiterverbände, die der Meinung Ausdruck geben, daß ein Entgegenkommen im Bezug auf die Arbeitszeit angesichts der schlechten Ernährungsverhältnisse unbedingt notwendig sei, haben die Vertreter des Grubenverbandes auf Einwirkung des Reichsarbeitsministers sich bereit erklärt, die siebenstündige Arbeitszeit auf die unter Tage beschäftigten Arbeiter einschließlich Ein- und Ausfahrt zu bewilligen. Durch diese Verkürzung der Arbeitszeit sind die deutschen Bergarbeiter besser gestellt als die englischen. Die Arbeitszeit der Arbeiter über Tage bleibt unverändert. Die Frage, ob eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit für die unter Tage beschäftigten Arbeiter sich ermöglichen läßt, soll einer Prüfung durch eine Kommission unterzogen werden, die inoffiziellen haben wird, ob eine weitere Verkürzung mit Rücksicht auf unsere Volkswirtschaft und die Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie mit dem Weltmarkt durchführbar ist.

Essen, 11. April. Die Mitglieder der Reiner-Kommission waren zu Verhandlungen mit dem Reichskommissar eingeladen, hatten aber dieser Einladung nicht Folge geleistet. Am späten Abend wurden die Mitglieder der genannten Kommission, soweit sie sich hier befanden, von Truppen des Reichswehrministeriums im Auftrag der Reichsregierung verhaftet. Nach der Verhaftung wurden die Truppen von Sozialisten angegriffen, jedoch sich in der Nähe des Hauptbahnhofes eine Schießerei entwickelte. Die Angreifer wurden verhaftet. Einige Tage nachher wurden in der Nähe des Hauptbahnhofes aus einem Hause Handgranaten auf die Truppen geworfen, wodurch zwei Zivilisten verwundet wurden. Der Herausgeber des „Sportplatz“, Eppein, wurde verhaftet.

Düsseldorf, 11. April. Die Lage des politischen Generalstreiks hat sich insofern verschärft, als auch von den Arbeitern zahlreicher Betriebe wirtschaftliche Forderungen gestellt werden, nämlich Mindestlohn von 3,50 Mark für gelernte und 2 Mark für ungelernte Arbeiter. — Die Angestellten der hiesigen Straßenbahn haben mit 312 gegen 196 Stimmen beschlossen, im Ausstand zu bleiben. Auch die Schweiß- und Konstruktionsarbeiter und Arbeiterinnen sind wegen Lohnforderungen in den Ausstand getreten. Auf militärische Anordnung war der private Fernsprechteilnehmer gestern abend 6 Uhr bis heute vormittag gesperrt. Infolge der Betriebs-einstellung in den Gas- und Elektrizitätswerken war die Stadt in völliger Dunkel gehüllt. In der Nacht gab es keine wesentlichen Störungen. Gelegentlich kam es zu kleineren, aber heftigen Schießereien vor dem Dohrenpforten-Obstand, dem Sitz der Regierungstruppen. — Ein mit Entente-Lebensmitteln für Düsseldorf bestimmter Kleintransporter wurde auf Anordnung der britischen Behörden im Düsseldorf-Porten nicht anlegen, sondern mußte an der linken Rheinseite anhalten, wo das Schiff solange unter britischer Bewachung blieb, bis die Streikruhren beseitigt sind.

Bonn, 11. April. Auf der Woche „Prinzregent“ sind die Verhandlungen mit der Arbeiterschaft wegen der Aufhebung der Hoffmannsachen noch im Gange. Unter Tage ist heute vormittag nicht ein Mann angehalten. Tages wird in der elektrischen Zentrale, die für die Stromversorgung der Straßenbahn, der Berg- und Hüttenwerke und der Dortmunder Union lebenswichtig ist, noch gearbeitet.

Die Untoten Elchhorn

Im Untersuchungsamt der preussischen Landesverfassung über die Berliner Unruhen wurde die Entschlüsselung dieser Unruhen beraten. Der Minister des Innern Heine und Regierungsrat Dr. Doye erläuterten Bericht über die von der Regierung getroffenen Maßnahmen. Insbesondere machte Dr. Doye eingehende Mitteilungen über die Tätigkeit des früheren Polizeipräsidenten Elchhorn. Die von Elchhorn angestellte Sicherheitskräfte habe in den Polizeirevierern und im Polizeipräsidium gehandelt wie Schweine. Ueber viele Hunderttausende Mark seien Belege. Elchhorn selbst hat in einem Haile 5100 Mark in einem anderen Haile 1625 Mark für sich persönlich unterschlagen. Unter den verschwundenen Geldern befinden sich auch 147 000 Lei rumänischen Geldes, das bei Offizieren beschlagnahmt wurden und seitdem spurlos verschwunden sind. Elchhorn hat den revolutionären Obleuten und anderen unabhängigen Organisationen die Wohnungsgelüste der Schumannschar aufgefressen, und die Schutzleute, die sich der Unabhängigkeitspolitik nicht gefügt haben, sind seitdem nicht nur persönlich, sondern auch in ihren Familien in der brutalsten Weise terrorisiert worden. Die Sammlung und Verteilung von Waffen hat Elchhorn bereits am 11. November 1918 begonnen. Allein von der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik von Waffen im Werte von 400 000 Mark erpreßt worden. Elchhorn hat ferner unter Benutzung eines Sauerstoffgebläses versucht, die Hauptkassette des Polizeipräsidiums zu berauben; der Versuch ist ihm aber nicht gelangt. Im Magistrat Berlin hat Elchhorn 7 viele Tausende feinsten Auszugsmehl erpreßt, um davon Torten für seine Leibwache backen zu lassen. Im Polizeipräsidium wurde in den von Elchhorn und seinen Trabanten besetzten Räumen eine Notentabelle gefunden, die zur Benutzung fertiggestellt war. Der Minister des Innern Heine wies in einer allgemein politischen Überleitung nach, daß die Unruhen vom 5. Januar planmäßig organisiert waren und daß nach einem einheitlichen Plane

an verschiedenen Stellen der Stadt gleichzeitig losgeschlagen wurde. Er gab einen Leberbrot über die befohlenen Gebäude, über die ungeheuren dort verübten Plünderungen und über die Notmaßnahmen, welche die Regierung zur Unterbrechung der Unruhen ergreifen mußte, da ihr damals zuverlässige Truppen in ausreichender Zahl nicht zur Verfügung standen. An der Verteidigung der von den Unabhängigen besetzten Gebäude haben Frauen und Frauen in hervorragender Weise mitgewirkt. So hat eine mitverhaftete Frau Steinhilber aus Neudorf im Erker des „Vorwärts“-Gebäudes ein Maschinengewehr bedient, durch dessen Kugeln mehrere Regierungssoldaten gefallen sind. Nach der Rückeroberung wurden im „Vorwärts“-Gebäude u. a. gefunden: die Ausrüstung einer Feldküche und silbernes Tischgeschirr, sowie andere Raubbeute. Mag. Leide (Unabh. Sos.) gab zu, daß die Zustände unter Elchhorn ganz unentbehrlich geworden waren. Anbiete für die nächste Sitzung aber eine Reihe von Beweisanträgen an. Ein Vertreter des Reichsministeriums gab Aufschluß über die Bildung von Freiwilligenformationen, die erst lange nach dem 5. Januar mit größter Beschleunigung nach Berlin gebracht worden sind.

Auf seine Anfrage teilte Regierungsrat Dr. Doye mit, daß bei den Januarunruhen 196 Personen u. a. bei den Unruhen im März 1175 Personen getötet worden sind, darunter etwa ein Zehntel Soldaten.

Die Ereignisse in Würzburg

Bayern, 10. April. In Würzburg hatten die Kommunisten den Bürgermeister und andere Weissen verhaftet. Bahnhof, Artilleriedepot, Marienburg und das Schloß best. Gestern vormittag wurde von regierungstreuen Infanterie der Bahnhof gesichert, die Marienburg und das Schloß von der Artillerie beschossen, worauf sehr schnell die weisse Fahne gehißt wurde. Bei dieser Gelegenheit war es auch, daß der neue Räteminister Hagemeyer festgenommen wurde. Ein Mitglied der Regierung teilt mit, daß man Würzburg sehr wieder vollkommen in der Hand habe.

Der russische Hauptaufseher Walzel, der sich im vierten Stock der Residenz in einem Kleiderkammer verbarrikadiert hatte, wurde verhaftet und nicht seiner Aburteilung entgehen. Bei den Revolutionstruppen gab es zwei Tote, bei den Sozialisten, soweit bisher festgestellt werden konnte, zwei Tote und mehrere Verwundete. Außerdem wurden zwei Zivilisten getötet.

In Würzburg begann der Bürger- und Beamtenausstand gegen die Räterepublik. Infolgedessen wurde der Eisenbahnverkehr Würzburg-Ansbach-Sonnenbühl-Teuchlingen eingestellt. Die verhafteten, beschlagnahmten Eisenbahner, die Einstellung des Verkehrs weiter auszuweiten, bis in München ein Umschwung eingetreten ist.

Inngolstadt wieder regierungstreuen

München, 11. April. In Inngolstadt gelang es gestern den regierungstreuen Truppen zusammen mit den Bürgern, die sich bewaffnet hatten und die Truppen unterführten, die Ausrückung der Räterepublik rückgängig zu machen. Es wurde ein neuer Garnisonrat und ein Aktionsauschuss gewählt, der die Führung des Kommandos über die Truppen übernimmt. Die Offiziere bleiben in ihrer Stellung. Der Bürgerkrieg ist seit gestern für beendet erklärt. Die Wehrpflichtigen sprachen in einer fast belustigten Versammlung der Regierung Hofmann einstimmig ihr Vertrauen aus, womit die Ausrückung der Räterepublik rückgängig gemacht war. In Donauwörth hat eine fast belustigte Bürgerversammlung der bayerischen Volkspartei die Regierung des Volksrates Bayern in Bamberg ihre volle Zustimmung zur Verlegung des Landtags ausgesprochen und sich gegen die Räterepublik erklärt.

Köln, 11. April. Angesichts der an Umfang zunehmenden Streikbewegung hat die britische Besatzungsbehörde jede Zusammenrottung in den Straßen verboten. Personen, die sich an Zusammenrottungen, Demonstrationen oder Umzügen beteiligen, werden sich schwerer Verurteilung aus. Das Erscheinen der sozialdemokratischen Rheinischen Zeitung ist von der britischen Besatzungsbehörde auf zwei Tage verboten.

München, 10. April. In der vergangenen Nacht versuchten bewaffnete Spartakisten die Kaserne zu kirmen. Das Freikorps Schütz empfangen die Angreifenden mit Maschinengewehrfeuer und schlug sie zurück. Hierbei wurde eine Frau mit ihrem Kinde getötet.

In einer Sitzung des Arbeiterrates wurde nach hundertstündiger Debatte mit 17 gegen 14 Stimmen beschlossen, beim Rätekongress zu beantragen, daß sofort die Räterepublik ausgerufen werde. Ferner soll der Volksrat bei der Regierung vorzulegen werden, daß während des Generalstreiks von jeder zwangsweisen Eingeziehung von Steuern abgesehen werde.

Karlsruhe, 11. April. Die badische Regierung hat eine Verordnung erlassen, wonach der 1. Mai als gebotener Feiertag erklärt wird. Paris, 11. April. Poincaré wandelte auf einen Bericht Clemenceaus hin die gegen Gollin verhängte Todesstrafe in eine zehnjährige Zuchthausstrafe um.

Zum Hausputz empfehle

1a. Parkettöl, Bohnerwachs, flüssig und fest
reines Benzol, Glps.
K-A-Selbe u. Selenpulver, reine gute Kernselle
zu billigen Preisen.

Drogerie Brosinsky

Bahnstr. 12. Wiesbaden Telefon 494

Samen- u. Vogelfutterhaus

empfiehlt
Runkelrüben (Erdbeeren) Bld. 3.10
sowie sämtliche nur aufzuehmende Gemüsesamen
Fertig la. Einguttes f. Ananien u. Baldigel
Papageien- und Hühner-Futter
Mischfutter für die Kleintierzucht

G. Nidel, Wiesbaden

Wellstr. 13.

Lacto Eipulver-Ersatz

Lacto Eipulver-Ersatz 55 Pfg. d. Bd.
Lacto Backpulver 12 " " "
Salzpulver 10 " " "

Wiederverkäuern bei Großbezug Vorzugspreise.

Teleg. Nr. Gebr. Schredelseker, Hirschheim bei Worms a. Rhein.

